

## **Eine Antwort auf den Brexit : Organisation einer instituierenden europäischen Versammlung**

Der Brexit ruft eine Flut von Reaktionen hervor. Wenn auch alle anerkennen, dass „nichts mehr so sein kann wie zuvor“, und dass die europäische Integration fast ausschließlich auf die Vereinheitlichung des Marktes und den freien Verkehr von Waren, Personen und Kapital basiert, so hat sich dies nun gegen Europa gerichtet, das als schlaffer Bauch der Globalisierung dargestellt wird. Die daraus von verschiedener Seite gezogenen Schlussfolgerungen und unterbreiteten Vorschläge zu ihrer Überwindung sind breit gefächert.

Es gibt diejenigen, die die Krise als Gelegenheit für ein Vorantreiben der Agenda für mehr Europa, und insbesondere des Eurolands, mit einer Steuerharmonisierung, eines gemeinsamen Programms für Investitionen sowie eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung sehen. Ihre Lösung hat den Nachteil, dass sie von der Annahme ausgehen, dass die Gesellschaft und die nationalen politischen Entscheidungsträger bereit sind, neue Beschneidungen der Souveränität zu akzeptieren, was nicht dem aktuellen Trend entspricht. Und es gibt diejenigen, die die Ansicht vertreten, dass das europäische Projekt überarbeitet werden muss, mit der aktiven Unterstützung der europäischen Bürger. Wir gehören zu letzteren. Man muss aber auch noch entscheiden, wie dies erfolgen soll. Sich, vor dem Hintergrund einer Diskreditierung der Politiker und der Krise der traditionellen repräsentativen Demokratie, auf die vage Idee einzulassen, dem Volk das Wort zu erteilen, mündet in der Perspektive eines nationalen oder europäischen Referendum, wie es von der extremen Rechten überall gefordert wird.

Nicht dadurch dass man den europäischen Bürgern eine Frage, die mit ja oder nein zu beantworten ist, stellt, baut man ein Projekt für die Zukunft angesichts unserer komplexen Welt. Daher lautet die Frage: wie kann man die europäischen Bürger in die Ausarbeitung eines Projekts für die Zukunft einbeziehen? Die Antwort lautet: durch einen Prozess, den man als "instituierende" Versammlung bezeichnen könnte. Dies ist nach dem Brexit "notwendig". Eine "instituierende" Versammlung ist nicht mit einer verfassungsgebenden Versammlung gleichzusetzen. Auch wenn das Beispiel Islands, das die Ausarbeitung der neuen Verfassung 25 "gewöhnlichen" Bürgern anvertraut hat, zeigt, dass das Endprodukt von ausgezeichneter Qualität ist, so besteht das Ziel nicht darin, einem Panel europäischer Bürger damit zu beauftragen, einen neuen Vertrag zu verfassen.

Der Begriff "instituierend" leitet sich von folgender Feststellung ab: "Governance", wie wir sie täglich praktizieren, betrifft die Regulierung der bestehender Gemeinschaften. Was eine wesentlichen Voraussetzung außer Acht lässt: *Wie instituiert sich eine Gemeinschaft? Wie entsteht die Idee einer Schicksalsgemeinschaft, in der sich die Mitglieder einander verpflichtet fühlen? Gibt es andere Möglichkeiten, sie zu "instituiieren", als durch Schwert und Blut, wie es Bismarck ausgedrückt hat?*

Das also ist die erste Herausforderung des 21. Jahrhunderts sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene. Die Umwälzungen der Wirtschaft und der Technik und ein Bewusstsein für die wechselseitigen unumkehrbaren Abhängigkeiten wie es der Klimawandel vor Augen führt, schaffen eine neue anthropologische Wirklichkeit, die das von den vergangenen Jahrhunderten geerbte Konstrukt, nämlich aus den Nationalstaaten die einzigen dauerhaften Gemeinschaften zu machen, in Frage stellen. Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts besteht im Gegenteil darin, Schicksalsgemeinschaften hervorzubringen, die der Realität der wechselseitigen Abhängigkeiten entsprechen.

Wie auch das europäische Aufbauwerk gezeigt hat, so ist die Schaffung gemeinsamer Institutionen

für den dauerhaften Bestand einer Gemeinschaft notwendig, aber genügt nicht, um sie zu schaffen.

Richtig ist, dass die Europäische Union ohne die Völker aufgebaut wurde. Zwar trat jede nationale Gemeinschaft dem europäischen Projekt freiwillig bei, doch stellt die Anbindung an Demokratie, wie im Falle der Länder des Südens Europas, die autoritäre Regime hinter sich ließen, oder eine blühenden Wirtschaftsraumes, im Falle der neuen Mitgliedstaaten Zentral- und Osteuropas, keinen wirklichen institutierenden Prozess dar, der die lange verfeindeten Völker dazu bringt, gegenseitige Werte und ein gemeinsames Schicksal anzuerkennen. Dass ist ein Mangel, der heute behoben werden muss.

Die deliberative Demokratie beruht auf dem Gedanken, dass die Politik, bevor sie eine Konfrontation der Programme, vor allem eine Ethik und eine Methode sei. Eine Ethik der Transparenz und der Erforschung, was eint anstatt entzweit (im Gegensatz zum der heutigen Politischen Spiel...). Eine Methode, bei der "gewöhnliche" Bürger sich eine Meinung über komplexe Themen bilden und zu Beschlüssen kommen, gemeinsame Perspektiven und Überzeugungen entwickeln. Zum Erfolg braucht es sechs Voraussetzungen: eine Unterstützung der Institutionen und der Politiker, dass die Vorschläge der Bürger berücksichtigt werden; ein unumstrittenes Verfahren zur Auswahl der Teilnehmer; so weit wie möglich offene Fragen, um die Bürger nicht in einer von den Institutionen festgelegten Problematik gefangen zu halten; einen auf Dauer angelegten Prozess, bedeutende finanzielle und personelle Mittel; solide Methoden, um synthetische Elemente, Gemeinsamkeiten und unverrückbare Differenzen festzustellen.

Eine instituierende Versammlung, bestehend aus ausgelosten Bürgern, entspricht diesen Grundsätzen. Die an sie gerichteten Fragen ergeben die Kontouren eines Projekts für Europa und für den Aufbau einer echten Gemeinschaft: Wie können wir das Erbe der Vergangenheit gemeinsam übernehmen, was macht Europa seit Jahrhunderten zu einer Zivilisation und was hat Europa oft geteilt? Wollen wir eine Schicksalsgemeinschaft gründen, die eine gemeinsame europäische Identität auf welchen Werten aufbaut? Welchen Platz hat Europa in der Welt und zu welchem Weltbild will es beitragen, um die Herausforderungen unseres Planeten anzunehmen? Wie sieht das Wirtschaftsmodell für Europa und welche Marktwertstellung nimmt es in diesem Modell ein?

Wir schlagen ein Verfahren in zwei Schritten vor: ein erster auf der Ebene von Städten oder Regionen; ein zweiter auf europäischer Ebene.

Der erster Schritt wären Versammlungen von Bürgern auf der Ebene von Städten oder Regionen. Warum Städte und Regionen? Zunächst um mit dem Konzept „nationale Interessen“ mit Entschlossenheit zu brechen; diese existieren in Wahrheit nur als Erfindung von Nationen und Staaten und werden von ihnen vertreten, und machen den europäischen oder internationalen Dialog zu einer Konfrontation untereinander. Zweitens, weil auf Ebene einer Stadt oder einer Region die Vielfalt der Gesellschaften und Herausforderungen sehr viel konkreter ist. In jeder Stadt oder Region würde der Prozess der Auslosung zwischen Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten der Gesellschaft etwa sechzig Personen ermitteln, die ungeachtet ihres Alters, ihrer Herkunft und sozioprofessionellen Kreise bereit sind, sich an diesem Abenteuer zu beteiligen. Diese lokale Versammlung sollte ein Jahr lang in einem fortschrittsorientierten Prozess die verschiedenen Fragen beantworten.

Die deliberative Demokratie ist das genaue Gegenteil einer Meinungsumfrage. Wie in einem Schöffengerichtsverfahren muss es den Mitglieder der Versammlungsgremien erlaubt sein, alle Fragen zu stellen, die sie interessieren und auf die sie eine umfassende Antwort erwarten dürfen, Befragungen von Sachverständigen mit widersprüchlicher Standpunkte durchzuführen, um sich ein

eigenes Urteil bilden zu können. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dies möglich ist, auch wenn es komplexe wissenschaftliche Fragen handelt, und die sie auch dem Laien zugänglich sind. Ist diese Urteilskraft nicht das Wesentliche unserer demokratischen Erwartungen?

In der zweiten Phase, versammelt sich eine Bürgerversammlung von etwa tausend von den lokalen Versammlungen benannten Bürgern in einer Art Konzil über einen Zeitraum von zehn Tagen bis zu einem Monat. Die Arbeit der Versammlung würde durch die Erstellung eines Katalogs von Vorschlägen der lokalen Versammlungen und des zwischen ihnen geführten Dialogs vorbereitet. Dies wer nicht ein ständiges Plenum unter dem Einfluss von Meinungsmachern, sondern ein Hin-

und Her zwischen den interaktiven Arbeitsgruppen von einige Dutzenden Teilnehmern, die ihre Schlussfolgerungen vergleichen. Die Rückverfolgbarkeit von Debatten und Methoden eines schrittweisen Aufbaus der Zusammenfassungen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Schlussfolgerungen: Die Kunst der Demokratie und Regierungsführung besteht heute darin, der Komplexität gerecht zu werden.

Für beide Stufen, der kommunalen und der Europäischen Versammlung, ist es wichtig, dass die Gesellschaft insgesamt über die sozialen Netzwerke und das Internet von den zu Verfügung gestellten Informationen profitieren und so die gleichen Überlegungen und Debatten führen kann, um so der Gefahr, einer neuen Kaste von "Notablen" entgegenzuwirken. Das Beispiel der Simulationen der Klimaverhandlungen in Schulen verschiedener Ländern zeigt, welch zusätzlichen Nutzen man durch Bürgerinitiative auf Schul- und Hochschulebene ziehen kann, der zu einem Zukunftsprojekt junger Europäer für Europa und für die Welt werden kann.

Diese instituierende Versammlung kann nur auf Aufforderung der europäischen Staats- und Regierungschefs zusammentreten, deren Unterstützung in drei Punkten unerlässlich ist: eine Aufforderung an die Regionen und Städte zu richten, sich an dem Prozess zu beteiligen, die personellen und materiellen Ressourcen bereitzustellen, sowohl für den Aufbau einer soliden Informationsbasis für die Beantwortung der Fragen seitens der Bürger sowie für die notwendige Übersetzung und Übertragung, um diese Informationen öffentlich zugänglich zu machen und später den Dialog zwischen den lokalen Versammlungen und der europäischen Versammlung zu erlauben: jede europäische Institution (Rat der Europäischen Union, Parlament, Kommission, EWSA, Ausschuss der Regionen) sollte dann eine Sondersitzung organisieren, um die aus den Arbeiten der Bürger hervorgegangenen Vorschläge eingehend zu prüfen. Nur in dieser letzten Phase, wenn ein neues europäisches Projekt, eine neue Form des Regierens in Europa, eine neue Stellung Europas in der Welt in einem Konsensus definiert worden wurde, könnte man, falls nötig, diese in Form eines gleichzeitig in allen Mitgliedstaaten organisierten Referendums, allen europäischen Bürgern unterbreiten.

---\*---